

Bundeswehr/NATO/UNO: Raus aus ex-Jugoslawien!



Jetzt fliegen sie wieder ...

Auf den Tag genau: 56 Jahre nach Beginn des II. Weltkriegs, der durch den Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939 ausgelöst wurde, haben es die Herrschenden der BRD geschafft. Der deutsche Wirtschaftsrie-se setzt seine Interessen wieder direkt mit Waffengewalt durch. Fast pünktlich zum 5. Jahrestag der kapitalistischen Wiedervereinigung ist Schluß mit der "Enthaltbarkeit". Deutschland ist nun auch militärisch der Wiederaufstieg in die Reihen der großen imperialistischen Räuber gelungen.

Den Beschuß des Marktplatzes von Sarajewo - eine gezielte Provokation, deren angeblich serbische Urheber-schaft die UNO/NATO-Stellen nicht beweisen konnten - nahmen die Imperialisten zum Anlaß für die bisher größte Militäraktion in ex-Jugoslawien. Die bosnischen Serben sollen an den Verhandlungstisch gebombt werden. Es geht um die Durchsetzung einer imperialistischen "Friedens"regelung. Die internationale Arbeiterbewegung muß dieser Intervention mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln entgegen-treten! Die serbischen Kräfte müssen in dieser Situation gegenüber den imperialistischen Truppen verteidigt werden. Gelingt es nämlich den Imperialisten, ihr "Friedens"-Diktat zur Erfüllung ihrer, miteinander konkurrierenden, Interessen durchzusetzen, so wird die völkermörderische nationalistische Spaltung - zu Nutz und Frommen allen voran der BRD und den USA - auf dem Balkan zementiert. Die Zerschlagung des imperialistischen Einflusses in dieser Region ist die Vorbedingung für das friedliche Zusammenleben der dortigen Völker.

Bürgerkrieg auf dem Balkan

Das Auseinanderfallen des jugoslawischen Arbeiterstaates 1991 war für die Imperialisten mit der Möglichkeit eines immer festeren Zugriffs auf den Balkan verbunden. Sie unterstützten (oder bekämpften - je nach unterschiedlicher Interessenslage) die aufkommenden bürgerlichen Kräfte in Slowenien, Serbien, Kroatien oder Bosnien. Von Anfang an war der Aufbau bürgerlicher Staaten von einem tödlichen Aufschwung des Nationalismus begleitet, die Herstellung der "ethnischen Reinheit" des jeweiligen Gebietes die "notwendige" Voraussetzung. Ob Milosevic, Izetbegovic oder Tudjman - alle spielten die nationalistische Karte und hetzten die ArbeiterInnen der verschiedenen Nationalitäten aufeinander.

Nur die ArbeiterInnen der verschiedenen Nationalitäten können ein Ende des blutigen Bürgerkrieges herbeiführen - gegen die Pläne "ihrer" jeweiligen nationalistischen Führer und der Imperialisten. Gegen Angriffe des Imperialismus verteidigen wir im unterentwickelten ex-Jugoslawien zwar prinzipiell jede Volksgruppe - trotz und inklusive der jeweiligen mörderisch-nationalistischen Kräfte. In den Auseinandersetzungen ausschließlich zwischen den regionalen nationalistischen Kräften können MarxistInnen aber keine Seite verteidigen.

In fast allen Gebieten auf dem Balkan leben vermischte Völkerschaften, deren einzelne Bestandteile alle ein Recht haben, dort zu leben, wo sie geboren, aufgewachsen oder

(zumeist) bereits vor Jahrzehnten zugezogen sind. In einer solchen Situation kann nur die Position des revolutionären Defätismus eingenommen werden, d. h. die Niederlage der jeweils "eigenen" Bourgeoisie ist als das "kleinere Übel" anzusehen. In aktiver Klassensolidarität muß mit dem Proletariat der anderen Kriegsparteien gegen alle bürgerlichen Klassen diesseits und jenseits der nationalen Grenzen gekämpft werden. Diese Haltung schließt die aktive Verteidigung jedweder Volksgruppe vor Vertreibung und Genozid ein.

Jede andere Position läuft zwangsläufig darauf hinaus, die Unterdrückung einzelner Nationalitäten nur umzukehren und auf unabsehbare Zeit fortzusetzen. Selbst wenn dieser jahrelange nationalistische Bürgerkrieg mit all seinem Blutvergießen und seinen Greueln einen unvorstellbaren Niedergang des Klassenbewußtseins bewirkt hat - die jugoslawisch-internationalistischen Traditionen können noch nicht gänzlich verschüttet sein. Jetzt kann nicht mehr geleugnet werden, welch einen Fortschritt der Arbeiterstaat Jugoslawien, selbst unter dem stalinistischen Regime eines Bürokraten wie Tito, im Vergleich zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung der Volksverhetzer Tudjman oder Milosevic repräsentierte. Andererseits ist nur zu deutlich geworden, wie weit der jugoslawische "Sozialismus" bereits kapitalistisch erodiert und nationalistisch zerfressen war, daß solche Kräfte durchkommen konnten. Die Völkerverständigung auf dem Balkan kann deshalb nur proletarisch-revolutionär - gegen bürgerliche Nationalisten wie Imperialisten -, mit Hilfe des Aufbaus trotzkistischer Arbeiterparteien, erreicht werden.

Für die sozialistische Föderation der Völker des Balkans!

Deutschland führt wieder Krieg

Als endlich die Tornados - angeblich zur "Verteidigung" der UNO-Eingreiftruppe - aufsteigen konnten, da knallten die Sektorken in den Führungsetagen von CDU, SPD und FDP als auch auf der Hardthöhe - ein gutes Stück Arbeit war geschafft! Nostalgisch schweift der Blick zurück: Weg von der schmachvollen bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands - hin zu den ersten vorsichtigen Aufbauinitiativen Adenauers ("Amt Blank"), der offiziellen (Wieder-)Gründung der Wehrmacht, genannt "Bundeswehr" (1956) bis zum Ausbau des deutschen Militärs zur stärksten NATO-Streitkraft Europas unter maßgeblicher SPD-Regie ... und alles angeblich ohne Atomwaffen(know-how). Vorbei der fruchtlose Kampf der "Anti-Atom-Tod-Bewegung" in den



50er sowie die Sitzblockaden der schwarz-rot-goldenen Friedensbewegten in den 80er Jahren (Motto: Kein Krieg in Deutschland - sondern anderswo), vergeben auch der SPD-"Streit" um den UNO-Blauhelm-Einsatz in den letzten Jahren. All das hat den deutschen Militarismus nicht aufhalten können. Die Regierung nutzte den über das Thema ex-Jugoslawien/Bosnien herbeigeredeten innenpolitischen Druck, ihren militärischen Handlungsspielraum grundsätzlich zu erweitern. Zunächst dachte sie an eine Grundgesetzänderung. Doch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 leistete die gleichen Dienste: Out-of-area-Einsätze der Bundeswehr gelten seitdem wieder als verfassungsgemäß. Und das Bundestagsvotum vom 30. Juni 1995, beschlossen mit Stimmen von CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, ermöglichte den langvorbereiteten militärischen Kampfeinsatz.

Serbien muss sterben

Die BRD hat mit der diplomatischen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens eine der Voraussetzungen für das nationalistische Gemetzel in ex-Jugoslawien gelegt; ergänzt wurde diese Politik von Beginn an mit einer offen anti-serbischen Hetze. Ein Beispiel: Die von Bonn und Washington begrüßte (und von Moskau und Belgrad geduldete) kroatische "Operation Bljesak" (Blitzschlag) in der Krajina führte zur größten nationalen Vertreibung im bisherigen Bürgerkrieg. Etwa 200.000 Serben versuchten, sich in einer Massenflucht dem Terror der kroatischen Verbände zu entziehen. Den Schreiberlingen in Deutschland war dieser Fakt aber nur wenige Meldungen wert. Umso freudiger (und breiter) walzten sie die Nachricht aus, daß geflohene Serben in Banja Luka wiederum Muslime aus deren Häusern warfen und stürzten sich begierig auf die Pläne, Teile der Krajina-Serben im Kosovo und in der Vojvodina entgegen dem Willen der dortigen Bevölkerung zwangsanzusiedeln. Diese Einseitigkeit der Berichterstattung kommt nicht von ungefähr; sie entspricht den außenpolitischen und militärischen Interessen der BRD.

Mit Hilfe seiner Militärberater, Geheimdienste und Organisationen wie dem "Verein für Deutschtum im Ausland" (VDA), beteiligt sich das wiedererstarkte Deutschland aktiv daran, in Osteuropa und auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion ethnische Spannungen zu schüren, um seinen politischen und ökonomischen Einfluß auszubauen. Die BRD-Interessen an Kroatien bestimmen auch die anti-serbische Position Bonns mit (Kinkel: Man muß "Serbien in die Knie zwingen"), eine Politik, die in der Tradition deutsch-kroatischer Freundschaft steht: Hitlers völkische "Neuordnung Europas" führte im April 1941 zur Gründung

BOLSCHEWIK 
Gruppe Spartakus

Herausgeber: Gruppe Spartakus
Deutsche Sektion der Internationalen Bolschewistischen Tendenz

Redaktionsanschrift:
M. Martin, Postfach 210 254
10502 Berlin

Erscheint im Selbstverlag
V.i.S.d.P.: M. Martin, 10502 Berlin
Abonnement: 4 Ausgaben (inkl. Extra-Ausgaben) DM 10,-
Übersee DM 15,-
(erscheint unregelmäßig)

Konto: M. Martin, Postgiroamt Berlin
(BLZ 10010010), KtoNr.: 14241-107

Signierte Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung der Redaktion.

Kontaktadressen der Internationalen Bolschewistischen Tendenz

- Berlin/
Hamburg:** M. Martin,
Postfach 210 254
10502 Berlin
- London:** PO BOX 7529
London NW1 8PZ
- Bay Area:** Bolshevik Tendency
PO Box 31796
Oakland, CA 94604, USA
- New York:** Bolshevik Tendency
PO Box 385, Cooper Station
New York, NY 10276, USA
- Toronto:** Bolshevik Tendency
PO Box 332, Adelaide St. Stn.
Toronto, Kanada M5C 1J0
- Montreal:** Box 1703,
Suc. Place d'Armes,
Montréal, Québec
H2Y3L2 Canada
- Wellington:** Permanent Revolution Group
PO Box 9671
Wellington, Neuseeland

sen Menschenrechtler" bislang noch gegen eine UNO-Militär-Intervention auftritt - die Unterstützung sogenannter "friedlicher imperialistischer Methoden" wie Wirtschaftsblockaden oder Waffenembargos stand für sie, ähnlich wie bei der PDS, nie außer Frage.

Die "Opposition" der PDS, die als einzige Fraktion im Bundestag gegen den Bundeswehr-Einsatz stimmte, entpuppt sich bei näherem Hinsehen ebenso schnell als großer Bluff, denn Gysi & Co. treten für die Unterstützung von Blauhelmen der imperialistisch agierenden UNO ein. Deutsches Militär solle nur wegen der "deutschen Geschichte" nicht zum Einsatz kommen. Die PDS-Landesvorsitzende Berlins, Pau, forderte in einer sozialchauvinistischen Rede am 1. September 1995 in Berlin u. a., die "deutsche Ehre" dürfe sich nicht auf deutsche Waffen gründen, "deutsche Mütter" dürften nicht wieder um ihre Söhne weinen. Es ist schon zynisch, daß die PDS-Führungsriege zwar am alljährlichen Luxemburg/Liebknecht-Gedenktag Präsenz zeigt, aber in der Situation des Militär-Einsatzes der "eigenen" Bourgeoisie die Liebknecht-Losung: "Der Hauptfeind steht im eigenen Land!" nie gehört haben will.

Die Linke und v. a. die sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften scheinen angesichts der deutschen Militärintervention wie gelähmt. Nur wenige Hundert demonstrieren am 1. September, dem Anti-Kriegstag. Ihre pro-UNO-Position hat das Versinken in Passivität unterstützt: UNO-Einsätze wurden nicht nur schweigend hingenommen, sondern oftmals von Linken sogar gefordert. Jetzt haben sie,

die "Unabhängigen Staaten Kroatien" unter dem Pavilio-



Minimum geschrumpft. Das war schon immer das Elend des Pazifismus im Angesicht des Krieges.

In der BRD kommt das völlige Verschwinden der Friedensbewegung auch deshalb nicht von ungefähr, weil für die kleinbürgerlichen PazifistInnen in Deutschland der (Haupt)Feind traditionell außerhalb des "Vaterlandes" stand. Die Demonstrationen/Aktionen gegen die Stationierungen der Mittelstreckenraketen in den 80er Jahren richteten sich in erster Linie gegen den amerikanischen Imperialismus, wobei Deutschland von großen Teilen dieser Bewegung in eine Bananenrepublik umdefiniert wurde. Die allseits beliebte Losung "BRD raus aus der NATO" stellte weder die NATO an sich in Frage, noch richtete sie sich klar und eindeutig gegen die Auflösung des bewaffneten Arms der deutschen Bourgeoisie, der Bundeswehr. Die Forderung nach "Abrüstung in Ost und West" zielte darüberhinaus auf den bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat UdSSR, den Todfeind der Imperialisten.

Anläßlich der US-geführten militärischen Intervention gegen den Irak sprach sich ein Großteil der linken PazifistInnen zwar gegen die Anwendung von Waffengewalt aus ("Kein Blut für Öl"). Aber zusammen mit Regierung und Parlament, die wenig Lust hatten, amerikanische Kastanien aus dem Feuer zu holen, favorisierten sie ... Wirtschaftssanktionen gegen den Irak. Bis auf den heutigen Tag bekommt die irakische Bevölkerung die Politik auch dieser Friedenstreiber in Form von Hunger und schlimmsten Lebensbedingungen zu spüren!

Geblichen ist nicht der Pazifismus, sondern der deutsche Nationalismus, in dem die Linke in der BRD tief versackt ist. Statt eindeutiger anti-militaristischer Aktionen vorrangig gegen die eigene Bourgeoisie wird heute viel Alarm gegen die (zu verurteilende) Versenkung der Shell-Bohrinsel "Brent Spar" oder gegen die (abzulehnenden) französischen Atomversuche gemacht. Heuchlerisch und billig: Denn dem Himmel sei Dank sind solche Konflikte ja weit weg und richten sich gegen Briten oder Franzosen! (Oder sollte uns entgangen sein, daß jetzt wegen der Auslandseinsätze der Bundeswehr zum Boykott deutscher Waren aufgerufen wird?)

Die Frage von Krieg und Frieden ist eine Klassenfrage. Und nur ein konsequenter revolutionärer Anti-Militarismus, der v. a. in der Arbeiterklasse und ihren Organisationen insbesondere gegen den SPD-Einfluß verankert werden muß, bietet eine Perspektive gegen nationalistische/imperialistische Kriege. Der Kampf gegen den Kapitalismus, gegen den eigenen Hauptfeind, ist der Dreh- und Angelpunkt, die Voraussetzung, um mit nationalistischem Blutvergießen und imperialistischem Machtgehabe Schluß zu machen. Die Arbeiterklasse hat die soziale Macht, den militärischen Aggressionskurs der Bourgeoisie zu durchkreuzen. Notwendig sind Arbeiteraktionen, Streiks, die sich direkt gegen die kapitalistischen Unterdrücker und deren Militärabenteurer richten - und nicht humanitäre, moralische Appelle an die eigene Bourgeoisie und/oder die UNO. Eine solche Bewegung muß sich auch in Form einer anti-militaristischen Arbeit in der Bundeswehr widerspiegeln. Die "Arbeiter in Uniform" haben den gleichen Feind wie ihre "nicht-uniformierten" KollegInnen. Die Armee als Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie muß untauglich gemacht werden!

*Weg mit der Bundeswehr!
Zerschlagt die NATO!
Der Hauptfeind steht im eigenen Land!*

Die Ziele der Gruppe Spartakus:

Nach kapitalistischer Wiedervereinigung führen Staat und Regierung eine Offensive auf breiter Front durch: massiver Sozialabbau, Abbau der demokratischen Rechte im Innern - imperialistischer Expansionsdrang international.

1) Wir verteidigen die demokratischen Rechte (z.B. das Asylrecht) und treten für deren Ausbau ein (z.B. fordern wir volle staatsbürgerliche Rechte für ImmigrantInnen). Wir sind gegen den Ausbau der repressiven staatlichen Organe (Bundeswehr und Polizei) und für deren Auflösung durch die Organisierung der Lohnabhängigen in Milizen.

2) Wir kämpfen gegen jegliche Form von Rassismus und Sexismus (z.B. den § 218). Darüberhinaus treten wir für die Vergesellschaftung der Hausarbeit ein, um die Doppelbelastung der Frauen durch Beruf und Familie aufzuheben. Ohne die Mobilisierung der Frauen für ihre spezifischen Bedürfnisse im allgemeinen Kampf gegen das Kapital kann es keine Frauenbefreiung geben.

3) In Deutschland droht die Entstehung einer faschistischen Massenbewegung. In Aktionseinheiten der Linken und der Arbeiterbewegung, durch gewerkschaftlich organisierte Selbstverteidigungsgruppen muß dem Nazi-Terror konsequent entgegengetreten werden.

4) Wir bekämpfen die Kooperation der SPD-/DGB- und PDS-Führung mit dem herrschenden System. Ob durch Aktionseinheiten/Einheitsfronten, durch den Aufbau kommunistischer Gewerkschaftsfraktionen oder durch unabhängige Streikkomitees: Die Basis der Massen-Arbeiterorganisationen muß mit ihren prokapitalistischen Führungen brechen.

5) Wir treten ein für die kompromißlose Durchsetzung der Interessen der Lohnabhängigen: Schluß mit dem Sozialabbau; automatische Anpassung der Löhne an die Preissteigerungen; keine Entlassungen - einen Job für jede(n) Arbeitslose(n); Verteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich; öffentliche Arbeiten (z.B. Wohnungsbau) unter Regie der Beschäftigten, finanziert von den Unternehmern; Kontrolle der Lohnabhängigen über die Produktion.

6) Zur Wahrung dieser elementaren Interessen müssen die Unternehmer entschädigungslos enteignet und eine von den Beschäftigten kontrollierte sozialistische Planwirtschaft aufgebaut werden. Nur wenn die Lohnabhängigen sich klassenmäßig unabhängig vereinigen - in Organisationsformen vom Typ der Räte - und eine eigene Regierung zur Unterdrückung der Bourgeoisie bilden, können sie ihre Interessen dauerhaft sichern.

7) Der Kampf gegen den deutschen Imperialismus - in der "Maastricht-" oder der "Deutschland-Zuerst-Version" - kann nur mit einer internationalistischen Perspektive - im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa, gegen EU und NATO - geführt werden. Wir treten deshalb für internationale proletarische Solidaritätsaktionen ein.

8) Wir sind für die Unterstützung der ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen in unterentwickelt gehaltenen Ländern im Kampf gegen die Imperialisten und einheimischen Kapitalisten. Wir kämpfen für das Selbstbestimmungsrecht aller unterdrückten Nationen im Rahmen einer Politik der "permanenten Revolution", die über die bürgerliche Phase der Revolution in diesen Ländern hinausgehen muß und das Ziel der sozialistischen auf die Tagesordnung setzt.

9) Nach dem endgültigen Zusammenbruch der UdSSR im August 1991 ist die (militärische) Verteidigung der verbliebenen stalinistisch bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten (Kuba, China, Nord-Korea, Vietnam) gegen die innere und äußere Konterrevolution dringender denn je. Eine effektive Verteidigung dieser Länder kann nur durch eine anti-stalinistische, proletarisch-politische Revolution gesichert werden.

10) Der Bankrott des Stalinismus sowie die offen bürgerliche Politik der Sozialdemokratie hat die Desorientierung der Linken vertieft. Die Gruppe Spartakus, deutsche Sektion der Internationalen Bolschewistischen Tendenz, konzentriert sich - angesichts ihrer geringen Kräfte - vorrangig auf die Umgruppierung der subjektiv revolutionären Kräfte, wobei wir nur beschränkt und zu ausgewählten Ereignissen von der Propaganda zur Agitation übergehen können. Der Aufbau der Gruppe Spartakus als kämpfende Propagandagruppe ist ein wichtiges Element internationaler Bestrebungen, die Wiederschaffung der IV. Internationale zu erreichen. Wir kämpfen für eine Weltpartei, deren Ziel die klassenlose Gesellschaft, der Kommunismus, ist.